

# Für eilige Leser

am Mittwoch morgen.

Das italienische Panzerwerk Punta Corbin steht in die Hand der österreichisch-ungarischen Truppen.

Westlich von Arzier erzwangen die I. u. T. Truppen den Übergang über den Postnach und demütigten sich der südlichen Uferhöhen.

Vier heftige Angriffe der Italiener auf die österreichisch-ungarische Stellung südlich Vettafe wurden abgelehnt.

An der verharrenden Front und in Wolfonten entspannen sich lebhafteste Artilleriekämpfe.

Im Mittelmeer wurden in der letzten Woche durch Unterseeboote 13 Schiffe versenkt.

Englische Kriegsschiffe beschossen den griechischen Hafen Raupia und legten die großen Petroleumbehälter in Brand; die griechische Regierung erhob Einspruch.

Der russische Reichsrat und die Reichsduma sind wieder zusammengetreten.

Der Reichskanzler trat gestern nachmittag in Stutgart ein, wo er als Gast des Königs im Residenzschloß Wohnung nahm; heute fährt er nach Karlsruhe.

Im preussischen Abgeordnetenhaus sprachen sich Abg. Dr. v. Dehnbach (konf.) und Finanzminister Dr. Lunge für die finanzielle Selbstständigkeit der Einzelstaaten aus.

Der in Chemnitz durch das Unwetter am Sonntag angerichtete Schaden wird auf rund 1 1/2 Millionen Mark beziffert.

Wetteranfrage der amtl. ländl. Landeswetterwarte: Zeitweise heiter, wärmer, trocken.

schon Truppen schon am Tell durchbrochenen Linie Arzier-Affago und dem Gebiete der sieben Gemeinden wie auch im Val Sugana zähen Widerstand. Es ist auch anzunehmen, daß die italienische Front durch Reserven mittlerweile stark ergänzt wurde, wobei nicht zu vergessen wäre, daß auch in den bisherigen Gefechten eine große italienische Meeremasse mit starken Beständen eingesetzt wurde. Auch erwachsen im Hochgebirgsgebiete, durch welches alle Materialnachschub abzuwickeln sind, im Nachschub und im Vorbringen der schweren Geschütze naturgemäß besondere Schwierigkeiten. Die Truppen, die seit zwei Wochen ohne Ruhe in einem Gelände sind, das an und für sich an die physische Leistungsfähigkeit der einzelnen die höchsten Anforderungen stellt, müssen auch ausruhen und Kräfte sammeln. Aus allen diesen Gründen ist es kaum anzunehmen, daß der weitere Fortschritt der Offensive sich mit der bisherigen Schneelangsamkeit weiter entwickeln werde. Nach vierzehn Tagen unanhaltlichen Vorwärtstürens sind Tage der Arbeit mit Qualldampf unerlässlich.

## Doch noch eine italienische Kriegserklärung an Deutschland?

Kf. Der letzte italienische Ministerrat befachte sich abermals mit der Frage der Kriegserklärung an Deutschland. Die Veranlassung geht wieder von England aus, das in der letzten Zeit noch mehr wie bisher verfuhrte, Italien zu dieser Kriegserklärung zu bewegen.

## Undeckung der Kriegsgefahrzone an der italienischen Westküste.

Die Küstenstädte des Tyrhenischen Meeres mit Ausnahme der Hafenstädte Genua und Neapel wurden von der Admiralität als Kriegsgefahrzone erklärt. Die einschneidenden Verkehrsbeschränkungen sind am 26. Mai für die Küstenstädte in Kraft getreten.

## Sazonow über die Absichten Rußlands.

h. Die „Times“ meldet aus Petersburg: Der Minister des Äußeren Sazonow gab eine bedeutende Erklärung über die Absichten Rußlands. Er sagte u. a.: Wenn könnte die Dummheit der Londoner in Namen seiner Regierung mittelteil, daß zwischen der russischen und englischen Regierung über gemeinsame Angelegenheiten vollständige Übereinkunft eingetreten ist, so sagte er etwas, woraus alle, die mit der Geschichte vertraut sind, erkennen müssen, daß dies der Vorläufer eines neuen Abkommens der Weltpolitik und Welt diplomatie bedeutet. Die vollkommene Einigkeit zwischen den beiden großen Reichen bedeutet, daß das Bündnis, das in der Kriegszeit gegen einen gemeinschaftlichen Feind geschlossen wurde, ein Bündnis auf immer geworden ist und nicht auf Forderungen des Augenblicks, sondern auf der weit festeren Grundlage der Interessengemeinschaft und aufrichtigen Übereinkunft gegründet ist. In der wachsenden Freundschaft zwischen beiden Ländern sehe ich die Verwirklichung des liebsten Traumes meiner Laufbahn; denn durch die wahre Freundschaft zwischen England und Rußland ist der Weltfrieden für unsere Kinder und Enkel gesichert. Die Verwirklichung der festen Übereinkunft, daß Frankreich, England und Rußland einander nicht entgegenzusetzen werden können, macht es zur Gewissheit, daß die Zentralmächte ihre Sache verloren haben; gleichviel mit wieviel großer Mühe und Opfern sie auch immer den Tag der unvermeidlichen Anerkennung ihrer Niederlage hinauszuschieben. Sazonow erklärte ferner, daß Rußland keine aggressive Absichten (?) habe. Wenn Rußland die südliche Ausfahrt auf immer gesichert werden wird, so seine wirtschaftliche und industrielle Lage unbedindert entwickeln kann, ist es mit seinen Grenzen zufrieden. Dann dürfen die slavischen Stammesgenossen der Erfüllung ihrer Ansprüche sicher sein, und so sind Rußlands Absichten am besten verwirklicht. Es kann dann zur Entwicklung seines angedeuteten Reiches schreiten. Sazonow erklärte, daß die Behauptung über die slawische Gefahr, welche Europa bedrohen soll, eine Erfindung der Feinde sei. Norwegen, Schweden und andere Nachbarländer hätten nichts zu befürchten. Besonders Schweden nicht, da seine Besorgnisse hinsichtlich der Faldensinseln nunmehr endgültig beseitigt sind. Ueber Polen erklärte Sazonow, daß die Polen jetzt, wo Rußland in einen Kampf auf Tod und Leben verwickelt ist, ihm nicht zustimmen können, ein vollständiges Programm anzustellen. Die Polen würden aber eine gerechte und ausgedehnte Autonomie erhalten, die ihre Zukunft und ihre wirtschaftliche Entwicklung sichert.

## Wiederzusammentritt des russischen Parlaments.

Der russische Reichsrat und die Reichsduma sind wieder zusammengetreten. In der Duma betonte Präsident Rodzianko in seiner Eröffnungsrede, daß die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Volksvertretung im Volke gewachsen und auch in dem Bewußtsein des Jaren bei der Duma zum Ausdruck gekommen sei. Im Reichsrat gewählte Präsident Rulozin der zehnjährigen Tätigkeit des erneuerten Reichsrates. (W. T. Z.)

## Militärische Vorbereitungen in Rußland?

Nach achtstägiger Pause beginnt die russische Post jetzt wieder in London einzutreffen. Aus verschiedenen Andeutungen der Blätter ist mit ziemlicher Sicherheit zu entnehmen, daß das Zurückhalten der russischen Post mit wichtigen militärischen Vorgehens in Rußland in Verbindung steht. In Petersburg schwebten zahlreiche Gerüchte über bevorstehende militärische Ereignisse, die die Verunruhigung der Bevölkerung aufs höchste steigern. Zur Spannung der Lage tragen weiter bedeutende Truppenbewegungen in der Nähe von Petersburg bei. In den amtlichen Berichten standen in letzter Zeit alarmierende Berichte über erfolgreiche deutsche Luftangriffe bis in die unmittelbare Nähe Petersburgs und darüber hinaus. Die Behörden schweigen und geben dadurch der Nervosität der Bevölkerung neue Nahrung. (W. T. Z.)

Die Arbeiterbewegung in Rußland. „Ruhlose Wiedermut“ bringt die Nachricht, daß die Auflösung aller Arbeitervereinigungen in den kriegsindustriellen Betrieben bevorsteht. Die Arbeitervertreter sollen ihre Wahl in die Ausschüsse dazu benützt haben, eine sozialrevolutionäre Propaganda zu entfalten. (W. T. Z.)

## Das Zukunftsprogramm der Türkei.

Aus einer Unterredung mit Hassan Niza-Pascha, dem Vorsitzenden der türkischen Parlamentsabordnung, mit einem Münchener Pressevertreter geht uns ein Bericht zu, dem wir folgendes entnehmen:

Ueber die wirtschaftliche Lage der Türkei führte Hassan Niza-Pascha u. a. aus: Die Türkei stand vor der wirtschaftlichen Kapitulation. Erschrecken Sie nicht vor diesem offenen und ehrlichen Bekenntnis, aber die Wahrheit ist doch keine Schande. Diese wirtschaftliche Kapitulation war nicht vor heute auf morgen gekommen, sie wurde hervorgerufen durch unsere gastfreundlichen Beziehungen zu den Abendländern, die von uns jeglichen materiellen Nutzen zogen, und aber keine wirtschaftliche Gegenliebe bewiesen. Dadurch war die Türkei vor eine wirtschaftliche Krise gestellt worden, unsere Finanzen, unsere Industrie und unsere Landwirtschaft fanden vor der Kapitulation. Die abendländische Industrie hat unsere Industrie so gut wie vernichtet. Wir haben heute in der Türkei keine einheitliche Industrie mehr. So war denn die erste und wichtigste Frage zu Beginn des Weltkrieges für uns die: Wie gestalten wir, um ein selbstständiges Land zu sein und zu bleiben, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse unseren Interessen entsprechend? Da trat als grundlegendender Faktor eine neue Politik in unseren Wirtschaftskreis. Bis dahin waren bei uns die Ziele auf der Basis allgemeiner Schätzung aufgebaut, die 11 Prozent nicht überstieg. Wir haben nun kürzlich vor Schluss der Kammer ein Vorkonventionem beraten und angenommen, das vernünftigerweise so gedacht ist, daß die Waren, die wir nicht herstellen können, teilweise aus fremdem Lande werden dürfen, die Waren aber, die wir produzieren, naturgemäß zur Sanierung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse mit hohen Zöllen belegt sind. Das mag vielleicht im ersten Augenblick abschrecken, aber es wäre von der deutschen Industrie verfehlt und unwirtschaftlich, wenn sie sich durch diese neue Politik abhalten ließe, mit der Türkei in enge Beziehungen zu treten. Die Türkei muß industriell neu erziehen, darum braucht sie vor allem Fabrikbauten und Fabrikinrichtungen, braucht alle mechanischen Erzeugnisse, braucht Motoren und braucht am notwendigsten alle Arten von Ackerbaumaschinen. Die Einfuhr solcher Maschinen ist zollfrei. Daraus wollen Sie ersehen, daß die Türkei auch in ihrer neuen Politik mögliche Erleichterungen gewährt. Das deutsche Kapital wird zur industriellen Wiedergeburt der Türkei willkommen, es wird aber auch bei uns an Ansehen sein. Eine Unsumme ungeheurer Schätze schlummern im türkischen Boden. Durch gegenseitige Interessenspolitik und Interessenswirtschaft wollen wir diese Schätze heben und als Tageslicht fördern. Meiner Ansicht nach wäre es in der nächsten Zukunft ein wirtschaftlicher Fehler, wenn Deutschland seine Rohprodukte für teures Geld aus Amerika beziehen würde; man denke an die Türkei, und die Türkei wird ein besserer und billigerer Lieferant der Rohprodukte sein. Es wird notwendig sein, für die Zukunft wirtschaftliche Verträge mit den Abendländern zu schließen, schriftlich geschlossene Verträge, von denen Morgen- und Abendland gleich großen Nutzen haben werden.

Ueber die innerpolitischen Zukunftspläne der osmanischen Regierung bemerkte Hassan Niza-Pascha: Wir wollen zuerst unser Zustizwesen neu organisieren, aber nicht halbe, sondern ganze Arbeit machen, d. h. organisieren von Grund auf. Die Türkei wird juristisch reformiert werden, der Rechtssatz angepaßt und entsprechende Gesetzentwürfe werden von der Regierung zur Ausarbeitung gelangen und vom Parlament geprüft, beraten und beschlossen werden. Allerdings werden das natürlich Gesetze sein, die unserem Lande und Volk, unseren Sitten und Gebräuchen angepaßt sind. Die Reform unseres Justizwesens wird einem deutschen Juristen übertragen werden. Am dringlichsten aber ist eine türkische Finanzreform. Auch hierfür werden wir uns in Deutschland nach dem rettenden Manne umsehen, denn Deutschland hat ja gerade wieder in diesem Weltkrieg bewiesen, daß es finanzpolitisch jegliche Schwierigkeit zu überwinden weiß.

Werfen wir noch einen Blick auf die gegenwärtige Lage auf dem Balkan. Bulgarien und Rumänien streifen zwar nicht direkt das Zukunftsprogramm des Osmanenreiches, aber, da wir uns einmal politisch offen und ehrlich ausdrücken, so will ich Ihnen auch auf diese Fragen meine Antwort nicht schuldig bleiben. Mit Bulgarien ist die Türkei so gut wie völlig in Meinem. Alle kritischen Fragen sind aus der Welt geschafft. Fragen, die sich durch Jahrhunderte wie eine heimliche, schlimme Krankheit fortgeschleppt haben. Und Rumänien Entwicklung gegenüber sind wir immer in Schiffsbrühe und auch sonstigen An gelegenheiten entgegengesetzt und werden es auch weiterhin tun. Ich gehe sicher nicht zu weit, wenn ich behaupten, daß Rumänien entgegenhat, daß zu seiner eigenen Entwicklung eine starke Türkei am Bosphorus und an den Dardanellen notwendig ist.

## Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Vorabend-Blatt.)

Abg. Stresemann (mit.), fortführend: Er glaube nicht, daß die kommandierenden Generale an allen Zensuranweisungen Schuld seien. Diese seien doch oft vom Auswärtigen Amte ausgegangen, und die Generale müßten dann ihre Budget hergeben. (Heiterkeit.) Mich wundert, fährt Redner fort, daß Herr Gotthelm die auswärtige Politik aus dem Reichstage ausschalten will. Wir wünschen eine auswärtige Friedensvermittlung und halten Herrn Wilson in keiner Weise dafür geeignet. Die Hand des Herrn Wilson weisen wir zurück. (Jurist der Sozialdemokraten: Nein, das deutsche Volk weiß sie nicht zurück!) Herr Wilson hat bisher keinen Finger gerührt, um England von dem Ausbürgerungs-krieg gegen uns abzuhalten. (Zustimmung rechts.) Redner wendet sich dann gegen die Abgeordneten Dittmann und Roske und betont, daß die Unverletzlichkeit der Reichstagsabgeordneten im Landesverrat ihre Grenze finde. Er verziehe nicht, daß unsere Regierungen nicht einsehen, wie wichtig ein harter Reichstag für das Reich ist. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich habe schon dargelegt, wie weit die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für die Zensur geht. Der Abgeordnete Stresemann hat von der Resolution des national-liberalen Zentralvorstandes gesprochen, aber ich kann versichern, daß keine Zivilbehörde an dem Verbot beteiligt ist. (Abg. Wassermann ruft: Na?) Im ganzen wird die Zensur schon in möglichster einschränkter Form ausgeübt. Ich habe als Schatzsekretär verhindert, die Diskussion über Steuerfragen in Versammlungen möglichst zu gestalten, habe auch Verbote rückgängig gemacht. Zum Kriege gehört Disziplin. Der Hauptgeschäftspunkt ist der streitige Ausgang dieses Krieges.

Abg. v. Graefe (D. Fr.): Man dürfe alle diese Dinge nicht mit der parteipolitischen Brille betrachten. Das deutsche Volk wisse, was es von England und seinen Freunden in Amerika zu erwarten habe. Für die Ausdehnung der Zensur habe er kein Verständnis. Er habe gelauscht, Herr v. Jagow würde auf die bekannten Mißgriffe etwas näher eingehen. Er wundere sich, daß Herr v. Jagow auch die Verantwortung für die Aufhebung der Abrechnung des Herrn v. Dehnbach übernimmt. Aber jedes Eingreifen gegen Farden abgelehnt habe und sich in das Schreckenshaus seines Ressors zurückziehen. (Heiterkeit.) Herr Direktor Ewald hätte doch lieber die Petition des Professors Schäfer nicht mit dem

Kapitel des Herrn Reichsrecht vergleichen sollen. Herr Wilson als Sonderboten Friedensengel lehnen wir ab. Im Reichstage müssen wir wenigstens offen reden können. Das verlangen die Wähler von ihren Abgeordneten. Die Regierung gebe dem Volke, was das Volke ist. (Unruhe. Ruf: Jenur!) Er verlange das Recht der Mitbestimmung. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Jagow: Meine Erklärung war durchaus sachlich. Die auswärtige Politik konnte im Moment der Auseinandersetzung mit Amerika keine Söderung verfolgen. Der Artikel in der „Zukunft“ unterlag nicht der Begutachtung des auswärtigen Amtes. (Große Unruhe im Hause, Zurufe rechts.)

Abg. Stadhagen (Soz. Arbeitg.) hebt in dem Verbot der Berliner sozialdemokratischen Versammlungen nur einen Ausfluß der Klassenpolitik und verlangt volle Freiheit der Kritik, auch über die Kriegsziele und die Annexionen. Der Krieg könne ausgehen ohne Sieger und Besiegte.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Meine Zweifel, daß solche Benutzungen von Nutzen sein könnten, haben sich heute als vollständig berechtigt erwiesen. Der Abg. von Graefe hat mit seiner Rede dem Vaterlande keinen Dienst geleistet. Ich lasse mich nicht durch die heutige Diskussion von dem Wege ablenken, den wir für richtig halten. Der Abg. Stadhagen sagte, der Krieg könne ausgehen, ohne daß es Sieger und Besiegte gebe. Wie kann ein deutscher Abgeordneter solche Reden führen? Wir wollen in diesem Kriege keine Sieger sein. (Beifall.)

Abg. Dr. Davin (Soz.): Ich darf die Auffassung des Abg. Stresemann und des Abg. v. Graefe, nicht unwidersprochen in das Land gehen lassen. Beide Redner haben einen Sturmangriff auf die Regierung gemacht, die zu verteidigen, ich seinen Anlaß habe. Das deutsche Volk wünscht in seiner großen Mehrheit keinen Krieg mit Amerika und mit anderen neutralen Völkern. — Abg. Girsch (natl.): Was der Staatssekretär des Innern über den Abban der Zensur gesagt hat, begrimme ich. Offenlich dauere es damit nicht zu lange. Wir wünschen Freigabe der Erörterungen der Kriegsziele. Die Friedensvermittlung Wilsons lehnen wir ab. Können Sie denn bei diesem Mann irgendeinen Segen für unser Vaterland erhoffen? Die Antwort des Staatssekretärs v. Jagow war durchaus unzulänglich. (Unruhe und Zurufe des Präsidenten Dove: Ich bitte dringend, die Debatte über die Zensur nicht mehr und mehr in die gesamte auswärtige Politik hineinzuweisen zu lassen.) — Abg. Girsch weist im weiteren verschiedene Angriffe auf die Schwerindustrie ab, wobei Abg. Scheidemann ruft: Unverschämtheit! (Präsident Roempf ruft Scheidemann zur Ordnung und Girsch zur Ruhe. Große Unruhe und Lärm im Hause.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Vorwürfe gegen Herrn v. Jagow sind unbestimmt. Er hat es nur abgelehnt, auf das Gebiet der auswärtigen Politik einzugehen. Abg. Dittmann (Soz. Arbeitg.): Wir wissen sehr, wer es in Deutschland verhindern will, daß wir zu einem möglichst schnellen Frieden kommen. (Unruhe rechts.) Präsident Roempf ersucht den Redner, nur zur Zensur zu sprechen. Abg. Dittmann ruft: Nieder mit der Annexionsclique!

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Friedensziele unserer Feinde sind heute noch dieselben wie zu Anfang des Krieges: Verschmutterung Preußens und des Deutschen Reiches. Das sagt alles!

Abg. Graf Westarp (konf.): Der Abgeordnete v. Graefe brachte nur die tiefste Sorge eines großen Teiles des deutschen Volkes zum Ausdruck. Auch im Unterseebootskrieg glaube ich, steht der größte Teil des deutschen Volkes auf der Seite meiner Freunde. Ich weise die Angriffe des Staatssekretärs des Innern zurück.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Es liegt mir fern, die patriotischen Motive des Abgeordneten v. Graefe in Zweifel zu ziehen. Seine Worte liegen aber nicht im Interesse unseres Vaterlandes.

Abg. Roske (Soz.): Wir sind unter keinen Umständen für einen Eroberungskrieg. Die Herren Girsch und Graf Westarp irren sich über die Stimmung des Volkes. Vielen Deutschen dauert der Krieg nicht lange genug, weil sie Willkuren daran verdienen. (Unruhe rechts.)

Abg. Dr. Pfleger (Bentr.): Durch den Gang der Debatte ist meine Ansicht über die Reform des Belagerungs-gesetzes nicht erschüttert. Die Angriffe des Evangelischen Bundes mögen aus dem Jahre 1913 stammen, aber hoffentlich haben die neuen Versicherungen auch vor.

Damit schließt die Erörterung. In der Abstimmung werden die Anträge des Ausschusses angenommen, desgleichen der Antrag über das Verbot der Betörungen. — Hierauf tritt Vertagung ein. — Schluß nach 1/2 Uhr. — Morgen 11 Uhr: Kriegscontrollgesetz, Steuergesetze, Eta.

## Preussisches Abgeordnetenhans.

(Fortsetzung aus dem Vorabend-Blatt.)

Bei der dritten Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungsteuer sagte Dr. v. Seydewitz: Wir haben von Anfang an anerkannt, daß der Staat die Mittel bekommen muß, deren er zur Erfüllung seiner Aufgabe bedarf. Wenn wir gleichwohl gesögert haben, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, so geschah das, weil wir zunächst die Stellungnahme des Reichstages gegenüber den vorliegenden Steuervorlagen kennen lernen wollten. Jetzt müssen wir die Konsequenzen aus der ja in den nächsten Tagen erfolgenden Beschlußfassung des Reichstages ziehen. Was der Reichstag beschließen wird, stundet nicht in jeder Beziehung unseren Beifall. Wir erkliden insbesondere in dem Beschluß, daß nicht nur die Kriegsabschnitte, sondern auch die Kriegsverluste herangezogen werden sollen, den Anfang einer Reichsreform im höchsten Bedenklischen Vorgang. (Sehr richtig rechts.) Wenn nun auch noch das Reich Vermögen und Einkommen besteuert, dann entsteht die Frage, wie die Einzelstaaten die Mittel für ihre Zwecke aufbringen sollen. Das ist das Ende der finanziellen Selbstständigkeit der Einzelstaaten. Wir können aber nur für die Vorlage stimmen, wenn der Termin, der in dem Gesetz enthalten ist, unverändert bleibt, und behalten uns für die Zukunft vollkommen freie Hand vor. (Zustimmung bei den Konservativen.) — Abg. Dr. Forst (Bentr.) erklärte: Wir werden für die Vorlage in der Fassung der zweiten Lesung stimmen. Wir werden also die Vorlage ablehnen, wenn der Zeitraum der Geltungsdauer abgeändert wird. — Abg. Dr. Pahnke (Bp.) verteidigte eine weitere Ueberlastung des Betriebes. Daß die Form des Reichssteuerkompromisses nicht glücklich sei, liegt nicht am Reichstag, sondern an den einzelstaatlichen Finanzministern, die den Reichstag in eine Zwangslage verlegt hatten. Er hofft, daß die Gewalt der Tatsachen auch nach Friedensschluß die Finanzminister zu weiteren Zugeständnissen zwingen würde. (Börs! Börs!) — Abg. Dr. Friedberg erklärte, daß auch die National-liberalen der Vorlage zustimmen. Er lege das Hauptgewicht auf die einjährige Befristung der Steuerzuschläge. Nachdem der sozialdemokratische Abgeordnete Girsch (Berlin) die Vorlage als nicht weitgehend genug befunden hatte, dankte Finanzminister Dr. Lunge dem Hause für die Annahme der Vorlage und bedauerte nur die einjährige Befristung. Die Hoffnung, daß das Etatsjahr 1915 ohne Defizit abschließen werde, teile er nicht. Sehr scharf wandte sich der Minister gegen den Abgeordneten Dr. Pahnke. Nehme man den Einzelstaaten die Quelle der direkten Steuern, so können sie ihre Kultur ausfallen nicht weiter erlauben. Jetzt heißt es im Reich: Eins pro Milie abgeben. Daraus könnten in Zukunft leicht 10 pro Milie werden. Auch gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Girsch und seine Theorie, daß die Widerspruchsbewältigung keine Steuern zu zahlen brauchen, weil sie keine Rechte befragen, wandte sich der Minister. Abgeordneter Girsch habe allein das Wahlrecht im Auge gehabt. Er müsse doch darauf hinweisen, daß alle Minder-

